
Springer-Lehrbuch

Peter Hantel

Europäisches Arbeitsrecht

Mit zahlreichen Beispielfällen aus der
Rechtsprechung des EuGH

3. Auflage

 Springer

Peter Hantel
FB Wirtschaft, Informatik, Recht
Technische Hochschule Wildau
Wildau, Deutschland

ISSN 0937-7433

ISSN 2512-5214 (electronic)

Springer-Lehrbuch

ISBN 978-3-662-70225-3

ISBN 978-3-662-70226-0 (eBook)

<https://doi.org/10.1007/978-3-662-70226-0>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://portal.dnb.de> abrufbar.

© Der/die Herausgeber bzw. der/die Autor(en), exklusiv lizenziert an Springer-Verlag GmbH, DE, ein Teil von Springer Nature 2016, 2019, 2025

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von allgemein beschreibenden Bezeichnungen, Marken, Unternehmensnamen etc. in diesem Werk bedeutet nicht, dass diese frei durch jede Person benutzt werden dürfen. Die Berechtigung zur Benutzung unterliegt, auch ohne gesonderten Hinweis hierzu, den Regeln des Markenrechts. Die Rechte des/der jeweiligen Zeicheninhaber*in sind zu beachten.

Der Verlag, die Autor*innen und die Herausgeber*innen gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autor*innen oder die Herausgeber*innen übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Springer ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer-Verlag GmbH, DE und ist ein Teil von Springer Nature.

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Heidelberger Platz 3, 14197 Berlin, Germany

Wenn Sie dieses Produkt entsorgen, geben Sie das Papier bitte zum Recycling.

Vorwort zur 3. Auflage

Seit Erscheinen der 1. Auflage hat sich die Entwicklung des Europäischen Arbeitsrechts zu einer Spezialmaterie, die immer stärker die nationalen Rechtsordnungen beeinflusst, fortgesetzt. Obwohl es sich um eher unsystematische und punktuelle Regelungen handelt, denen eine nachvollziehbare Struktur zu fehlen scheint, nimmt die Bedeutung des Europäischen Arbeitsrechts für die betriebliche Praxis zu. Der EuGH hat wichtige Entscheidungen, insbesondere zum Antidiskriminierungsrecht, zum Entsende- und Befristungsrecht, zur Teilzeit- sowie Leiharbeit und zur Massentlassung getroffen. Auch hatten nationale Mindestlohnregelungen Auswirkungen auf unionsrechtliche Fragestellungen, die in dieser Auflage mit berücksichtigt wurden. In der Literatur zum Europäischen Arbeitsrecht ist die Kritik am EuGH im Vergleich zu früheren Zeiten etwas moderater geworden. War noch in den 90er-Jahren von einer schwarzen Serie von EuGH-Entscheidungen die Rede, scheint sich das deutsche Schrifttum – wenn auch notgedrungen – mit der Rechtsprechung des EuGH arrangiert zu haben. Entwicklungslinien der Rechtsprechung sind nach wie vor die weite Auslegung des Arbeitnehmer- oder Entgeltbegriffs sowie die restriktive Auslegung von Regelungen, die den Anwendungsbereich von Verordnungen und Richtlinien einschränken. Dem Unionsrecht soll eine möglichst große Wirkung zukommen (effet utile).

So ist es nur konsequent, dass der EuGH immer weniger bereit ist, nationale Rechtsinstitute als Einschränkungen des Unionsrechts anzuerkennen, etwa im Zusammenhang mit der Dogmatik einer Gesamtrechtsnachfolge nach § 1922 BGB (Urlaubsabgeltungsanspruch als vererbbares Vermögen) oder mit beamtenrechtlichen Strukturprinzipien. Letzteres ist hinsichtlich einer unterschiedlichen Behandlung zwischen Beamten und Angestellten in Diskriminierungs- und Freizügigkeitsfragen bedeutsam. Insoweit sind in der Neuauflage auch Urteile zur Rechtsstellung von Beamten berücksichtigt worden, soweit sie Aspekte aufweisen, die für das Arbeitsrecht von Belang sind. Sodann werden in einem gesonderten Kapitel grundsätzliche Entscheidungen zum Beschäftigten-Datenschutz behandelt.

Mein Dank gilt nach wie vor den engagierten und kritischen Studierenden der Technischen Hochschule Wildau aus den Studiengängen European Management, Wirtschaft und Recht, Verwaltung und Recht sowie Betriebswirtschaftslehre. Die Diskussion mit ihnen hat die Entwicklung dieses Lehrbuchs erheblich gefördert.

Dank gilt schließlich auch der Notarfachwirtin Annegret Müller, die durch ihre redaktionelle Hilfe auf die Erstellung und Gestaltung auch dieser Auflage maßgeblichen Einfluss hatte. Ferner danke ich dem Springer Verlag für die gute und effektive Zusammenarbeit bei der Erstellung der 3. Auflage.

Wildau, Deutschland

Peter Hantel

Inhaltsverzeichnis

1	Europarecht und Arbeitsrecht	1
1.1	Grundlagen des Europäischen Arbeitsrechts	1
1.1.1	Ziele des Europäischen Arbeitsrechts	2
1.1.2	Erkenntnis- und Rechtsquellen des Europäischen Arbeitsrechts	2
1.1.3	Begrifflichkeit des Europäischen Arbeitsrechts	3
1.1.4	Anwendungsvorrang des Europäischen Arbeitsrechts	4
1.2	Primärrechtliche Grundlagen von Freizügigkeitsregelungen, Diskriminierungsverboten und Gesetzgebungskompetenzen	5
1.2.1	Arbeitsrechtliche Grundfreiheiten, Diskriminierungsverbote und EU-Grundrechte	5
1.2.2	Rechtssetzungskompetenzen für das Europäische Arbeitsrecht	7
1.3	Sekundärrechtliche Regelungen in Verordnungen, Richtlinien und Rahmenvereinbarungen	8
1.3.1	Arbeitsrechtliche relevante EU-Verordnungen und Richtlinien	8
1.3.2	Die Rahmenvereinbarung als spezielle Handlungsform des Europäischen Arbeitsrechts	9
1.4	Auswirkungen des Unionsrechts auf die nationale Arbeitsrechts- ordnung	10
1.4.1	Verhältnis des nationalen Arbeitsrechts zum Europäischen Arbeitsrecht	10
1.4.2	Verbleibende Regelungsbereiche des nationalen Arbeitsrechts	11
1.4.3	Rechtsfolgen für nationales Arbeitsrecht bei einem Verstoß gegen Europäisches Arbeitsrecht	12
1.4.4	Umsetzung und Vollzug des Europäischen Arbeitsrechts	13
1.5	Prozessuale Bedeutung der EuGH-Rechtsprechung	14
1.5.1	Vorlageverfahren nach Art. 267 AEUV	14
1.5.2	Der EuGH als gesetzlicher Richter nach Art. 101 Abs. 1 Satz 2 GG	15
1.5.3	Vertragsverletzungsverfahren nach Art. 258 AEUV	15

1.6	Grundsätze der EuGH-Rechtsprechung	16
1.6.1	Grundsatz der größtmöglichen Wirksamkeit des EU-Rechts	16
1.6.2	Grundsatz der restriktiven Auslegung von Ausnahmeregelungen.	17
1.6.3	Weite Auslegung des Begriffs Arbeitnehmer.	17
1.6.4	Weite Auslegung des Entgeltbegriffs.	20
1.6.5	Spannungsverhältnis zwischen Arbeitnehmerschutz und EU-Grundfreiheiten	21
1.6.6	Grundsatz der Verhältnismäßigkeit bei der Einschränkung von EU-Grundfreiheiten	22
1.7	Internationales Arbeitsrecht.	23
2	Art. 45 AEUV als Recht auf Aufenthalt und freien Zugang zum Arbeitsmarkt anderer Mitgliedsstaaten	25
2.1	Subjektives Recht zugunsten von AN und auch von AG.	28
2.2	Beschränkung der Freizügigkeit aus Gründen der öffentlichen Sicherheit, Ordnung und Gesundheit nach Art. 45 Abs. 3 AEUV	29
2.3	Keine Anwendung auf die Beschäftigung in der öffentlichen Verwaltung nach Art. 45 Abs. 4 AEUV	30
2.4	Ergänzende Regelungen in der Freizügigkeits-VO sowie in Richtlinie 2004/38/EG	30
2.5	Praktische Fallbeispiele	31
2.5.1	Fall Lawrie-Blum, EuGH vom 03.07.1986, Rs. C-66/85, ECLI:EU:C:1986:284	31
2.5.2	Fall Heylens, EuGH vom 15.10.1987, Rs. C-222/86, ECLI:EU:C:1987:442	33
2.5.3	Fall Kempf, EuGH vom 03.06.1986, Rs. C-139/85, ECLI:EU:C:1986:223	34
2.5.4	Fall Bonsignore, EuGH vom 26.02.1975, Rs. C-67/74, ECLI:EU:C:1975:34	35
2.6	Auswirkung auf die deutsche Rechtsordnung und die arbeits- bzw. verwaltungsrechtliche Praxis	36
2.6.1	Auswirkungen auf nationale Aufenthaltsregelungen.	37
2.6.2	Auswirkungen auf den Zugang zur Beschäftigung im Öffentlichen Dienst	37
2.6.3	Auswirkungen auf nationale Regelungen über die gegenseitige Anerkennung von Ausbildungsnachweisen	38
3	Art. 45 AEUV als Diskriminierungs- und Beschränkungsverbot	41
3.1	Verbot der unmittelbaren und mittelbaren Diskriminierung nach Art. 45 Abs. 2 AEUV.	41
3.2	Beschränkungsverbot nach Art. 45 Abs. 1 AEUV.	43
3.3	Ergänzende Regelungen in der Freizügigkeits-VO sowie in Richtlinie 2004/38/EG	44
3.4	Praktische Fallbeispiele	44

3.4.1	Fall Schumacker, EuGH vom 14.02.1995, Rs. C-279/93, ECLI:EU:C:1995:31	44
3.4.2	Fall Angonese, EuGH vom 06.06.2000, Rs. C-281/98, ECLI:EU:C:2000:296	46
3.4.3	Fall Bosman, EuGH vom 15.12.1995, Rs. C-415/93, ECLI:EU:C:1995:463	47
3.4.4	Fall Graf, EuGH vom 27.01.2000, Rs. C-190/98, ECLI:EU:C:2000:49	49
3.4.5	Fall Pöpperl, EuGH vom 13.07.2016, Rs. C-187/15, ECLI:EU:C:2016:550	49
3.4.6	Fall Simma Federspiel, EuGH vom 20.12.2017, Rs. C-419/16, ECLI:EU:C:2017:997	51
3.5	Auswirkung auf die deutsche Rechtsordnung und die arbeitsrechtliche Praxis	52
3.5.1	Steuerrechtliche Gleichstellung nach Art. 7 Abs. 2 Freizügigkeits-Verordnung	52
3.5.2	Auswirkungen auf die Transfer-Regelungen der Sportverbände	52
3.5.3	Keine Beschränkung der Freizügigkeit bei ungewissen oder indirekten Nachteilen	53
4	Art. 45 AEUV als Teilhaberecht an sozialen Vergünstigungen	55
4.1	Gleichbehandlungsgrundsatz bei sozialen Vergünstigungen nach Art. 7 Abs. 2 VO (EU) 492/2011	58
4.2	Erfordernis einer Koordinierung der sozialen Systeme nach VO (EG) Nr. 883/2004	58
4.3	Praktische Fallbeispiele	59
4.3.1	Fall Michel S., EuGH vom 11.04.1973, Rs. C-76/72, ECLI:EU:C:1973:46	59
4.3.2	Fall Echternach, EuGH vom 15.03.1989, Rs. C-389/87, ECLI:EU:C:1989:130	60
4.3.3	Fall Vatsouras/Koupatantze, EuGH vom 04.06.2009, Rs. C-22/08, ECLI:EU:C: 2009:344	61
4.4	Auswirkung auf die deutsche Rechtsordnung und die arbeits- und sozialrechtliche Praxis	63
4.4.1	Gleichbehandlung bei sozialen Vergünstigungen	63
4.4.2	Anspruch auf Sozialhilfe bei Integration im leistungsverpflichtenden Staat	63
5	Unmittelbare und mittelbare Entgeltdiskriminierung nach Art. 157 AEUV	65
5.1	Die Richtlinie 2006/54/EG zur Verwirklichung des Grundsatzes der Chancengleichheit von Männern und Frauen in Arbeits- und Beschäftigungsfragen in Bezug auf das Arbeitsentgelt	66
5.2	Der Entgeltbegriff in Art. 157 AEUV	68

5.3	Verbot der mittelbaren Entgeltdiskriminierung nach Art. 157 AEUV von Teilzeit- und befristet Beschäftigten	69
5.4	Praktische Fallbeispiele	70
5.4.1	Fall Garland, EuGH vom 09.02.1982, Rs. C-12/81, ECLI:EU:C:1982:44	70
5.4.2	Fall Rummler, EuGH vom 01.07.1986, Rs. C-237/85, ECLI:EU:C:1986:277	71
5.4.3	Fall Jenkins, EuGH vom 31.03.1981, Rs. C-96/80, ECLI:EU:C:1981:80	72
5.4.4	Fall Bilka, EuGH vom 15.05.1986, Rs. C-170/84, ECLI:EU:C:1986:204	73
5.4.5	Fall Bötzel, EuGH vom 04.06.1992, Rs. C-360/90, ECLI:EU:C:1992:246	74
5.4.6	Fall Tesco Stores, EuGH vom 03.06.2021, Rs. C-624/19, ECLI:EU:C:2021:429.	75
5.5	Auswirkung auf die deutsche Rechtsordnung und die arbeitsrechtliche Praxis	76
5.5.1	Regelungen zur Entgeltgleichheit im BGB und AGG.	76
5.5.2	Entgeltgleichbehandlung und Tarifautonomie.	77
5.5.3	Keine Benachteiligung von Teilzeit- und befristet Be- schäftigten	78
5.5.4	Bedeutung der EU-Entgelttransparenzrichtlinie RL2023/970.	79
6	Entgeltdiskriminierung nach Art. 157 AEUV und Gleichbehandlung im Bereich der sozialen Sicherheit	81
6.1	Ausschluss gesetzlicher Sozialversicherungsansprüche aus dem Anwendungsbereich von Art. 157 AEUV	82
6.2	Die Richtlinie 79/7/EWG zur schrittweisen Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen im Bereich der sozialen Sicherheit	83
6.3	Praktische Fallbeispiele	84
6.3.1	Fall Defrenne, EuGH vom 25.05.1971, Rs. C-80/70, ECLI:EU:C:1971:55	84
6.3.2	Fall Barber, EuGH vom 17.05.1990, Rs. C-262/88, ECLI:EU:C:1990:209	86
6.3.3	Fall Nolte, EuGH vom 14.12.1995, Rs. C-317/93, ECLI:EU:C:1995:438	87
6.3.4	Fall Gómez-Limón Sánchez-Camacho, EuGH vom 16.07.2009, Rs. C-537/07, ECLI:EU:C:2009:462.	88
6.3.5	Fall Espadas Recio, EuGH vom 09.11.2017, Rs. C-98/15, ECLI:EU:C:2017:833.	89

6.4	Auswirkung auf die deutsche Rechtsordnung und die arbeitsrechtliche Praxis	91
6.4.1	Kein unterschiedliches Rentenzugangsalter in der betrieblichen Altersversorgung	91
6.4.2	Gleichheitsverstoß erfordert Anpassung nach oben.	92
6.4.3	Rentenzugangsalter in der gesetzlichen Altersversorgung.	93
6.4.4	Nachteile für Frauen in der gesetzlichen Altersversorgung	94
7	Sonstige Fälle von Geschlechterdiskriminierung nach Art. 10 AEUV	97
7.1	Geschlechterdiskriminierung außerhalb des Entgeltbereichs	97
7.2	Richtlinie 2006/54/EG zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen in Arbeits- und Beschäftigungsfragen in Bezug auf sonstige Arbeitsbedingungen	99
7.2.1	Chancengleichheit und Gleichbehandlung außerhalb des Entgeltbereiches.	100
7.2.2	Positive Maßnahmen zum Ausgleich von Benachteiligungen	100
7.3	Praktische Fallbeispiele	101
7.3.1	Fall Dekker, EuGH vom 08.11.1990, Rs. C-177/88, ECLI:EU:C:1990:383	101
7.3.2	Fall Webb II, EuGH vom 14.07.1994, Rs. C-32/93, ECLI:EU:C:1994:300	102
7.3.3	Fall Danosa, EuGH vom 11.11.2010, Rs. C-232/09, ECLI:EU:C:2010:674	103
7.3.4	Fall Johnston, EuGH vom 15.05.1986, Rs. C-222/84, ECLI:EU:C:1986:206	104
7.3.5	Fall Kreil, EuGH vom 11.01.2000, Rs. C-285/98, ECLI:EU:C:2000:2	105
7.3.6	Fall Kalliri, EuGH vom 18.10.2017, Rs. C-409/16, ECLI:EU:C:2017:767	107
7.3.7	Fall Marschall, EuGH vom 11.11.1997, Rs. C-409/95, ECLI:EU:C:1997:533	108
7.4	Auswirkung auf die deutsche Rechtsordnung und die arbeitsrechtliche Praxis	109
7.4.1	Verfassungsänderung von Art. 12 a Abs. 4 Satz 2 GG und Art. 3 Abs. 2 Satz 2 GG.	109
7.4.2	Diskriminierungsschutz nach dem AGG und dem MuSchG.	112
8	Allgemeine Diskriminierungsfragen, insbesondere wegen Rasse, ethnischer Herkunft, Religion und sexueller Ausrichtung	115
8.1	Die Antidiskriminierungs-Richtlinien 2000/78/EG und 2000/43/EG.	118
8.2	Fehlende Legaldefinition der Diskriminierungsmerkmale	119

8.3	Subjektiv-rechtliche und objektiv-rechtliche Funktion von arbeitsrechtlichen Diskriminierungsverboten	120
8.4	Praktische Fallbeispiele	122
8.4.1	Fall Feryn, EuGH vom 10.07.2008, Rs. C-54/07, ECLI:EU:C:2008:397	122
8.4.2	Fall Hay, EuGH vom 12.12.2013, Rs. C-267/12, ECLI:EU:C:2013:823	123
8.4.3	Fall Meister, EuGH vom 19.04.2012, Rs. C-415/10, ECLI:EU:C:2012:217	124
8.4.4	Achbita/G4S Secure Solutions NV, EuGH vom 14.03.2017, Rs. C-157/15, ECLI:EU:C:2017:203	126
8.4.5	Fall Camacho, EuGH vom 17.12.2015, Rs. C-407/14, ECLI:EU:C:2015:831	127
8.5	Auswirkung auf die deutsche Rechtsordnung und die arbeitsrechtliche Praxis	127
8.5.1	Keine Ungleichbehandlung zwischen gegengeschlechtlicher Ehe und gleichgeschlechtlicher Partnerschaft im Entgeltbereich	128
8.5.2	Keine Rechtfertigung wegen Kundenpräferenzen	129
8.5.3	Auswirkungen auf Darlegungs- und Beweislastfragen	130
9	Verbot der Diskriminierung wegen Alters nach Art. 10 AEUV, Art. 21 GRCh	133
9.1	Schutz vor Diskriminierungen wegen des Lebensalters	133
9.2	Rechtfertigungsgründe nach Art. 4 und 6 der Richtlinie 2000/78/EG	134
9.3	Praktische Fallbeispiele	135
9.3.1	Fall Küçükdeveci, EuGH vom 19.01.2010, Rs. C-555/07, ECLI:EU:C:2010:21	135
9.3.2	Fall Rosenblatt, EuGH vom 12.10.2010, Rs. C-45/09, ECLI:EU:C:2010:601	137
9.3.3	Fall Hörnfeldt, EuGH vom 05.07.2012, Rs. C-141/11, ECLI:EU:C:2012:421	138
9.3.4	Fall Prigge u. a., EuGH vom 13.09.2011, Rs. C-447/09, ECLI:EU:C:2011:573	139
9.3.5	Fall Hennigs u. Mai, EuGH vom 08.09.2011, Rs. C-297/10, ECLI:EU:C:2011:560	141
9.4	Auswirkung auf die deutsche Rechtsordnung und die arbeitsrechtliche Praxis	142
9.4.1	Höchstaltersregelungen als Voraussetzung für die Beendigung von Arbeitsverhältnissen	142
9.4.2	Höchstaltersregelungen als Voraussetzung für die Begründung eines Arbeitsverhältnisses	143
9.4.3	Berufserfahrung statt Lebensalter als Eingruppierungsvoraussetzung	144

10	Verbot der Diskriminierung wegen Behinderung	145
10.1	Die Antidiskriminierungs-Richtlinie 2000/78/EG	145
10.2	Praktische Fallbeispiele	146
10.2.1	Fall Navas, EuGH vom 11.07.2006, Rs. C-13/05, ECLI:EU:C:2006:456	146
10.2.2	Fall FOA, EuGH vom 18.12.2014, Rs. C-354/13, ECLI:EU:C:2014:2463	148
10.2.3	Fall Coleman, EuGH vom 17.07.2008, Rs. C-303/06, ECLI:EU:C:2008:415	149
10.2.4	Fall Milkova, EuGH vom 09.03.2017, Rs. C-406/15, ECLI:EU:C:2017:198	150
10.2.5	Fall HR Rail SA, EuGH vom 10.02.2022, Rs. C-485/20, ECLI:EU:C:2022:85.	151
10.3	Auswirkung auf die deutsche Rechtsordnung und die arbeitsrechtliche Praxis	152
10.3.1	Weite Auslegung des Begriffs Behinderung im europäischen und deutschen Arbeitsrecht	152
10.3.2	Zugang zur Beschäftigung und Schutz der Probezeit	153
11	Der Schutz von Leiharbeitnehmern	155
11.1	EU-Regelungen zum Schutz von Leiharbeitnehmern	157
11.2	Praktische Fallbeispiele	158
11.2.1	Fall Webb I, EuGH vom 17.12.1981, Rs. C-279/80, ECLI:EU:C:1981:314	158
11.2.2	Fall Kommission/Deutschland, EuGH vom 25.10.2001, Rs. C-493/99, ECLI:EU:C:2001:578.	159
11.2.3	Fall Martin Meat, EuGH vom 18.06.2015, Rs. C-586/13, ECLI:EU:C:2015:405.	160
11.3	Auswirkung auf die deutsche Rechtsordnung und die arbeitsrechtliche Praxis	162
11.3.1	Arbeitnehmerschutzregelungen im AÜG.	163
11.3.2	Abgrenzung Leiharbeit und Arbeitnehmerentsendung	163
12	Der Schutz von Teilzeit- und befristet Beschäftigten	165
12.1	EGB-UNICE-CEEP-Rahmenvereinbarungen zum Schutz von Teilzeit- und befristet Beschäftigten	168
12.2	Praktische Fallbeispiele	169
12.2.1	Fall Mangold, EuGH vom 22.11.2005, Rs. C-144/04, ECLI:EU:C:2005:709	170
12.2.2	Fall Küçük, EuGH vom 26.01.2012, Rs. C-586/10, ECLI:EU:C:2012:39	171
12.2.3	Fall Huet, EuGH vom 08.03.2012, Rs. C-251/11, ECLI:EU:C:2012:133	172
12.2.4	Fall Rodrigo Sanz, EuGH vom 09.02.2017, Rs. C-443/16, ECLI:EU:C:2017:109.	174

12.3	Auswirkung auf die deutsche Rechtsordnung und die arbeitsrechtliche Praxis	175
12.3.1	Diskriminierungs- und Benachteiligungsverbote nach den §§ 4, 5 TzBfG	175
12.3.2	Sachgrund- und Billigkeitskontrolle bei Befristungen	177
12.3.3	Rechtsprechung des BAG zum institutionellen Rechtsmissbrauch bei Befristungen	178
13	Rechte und Pflichten in Entsendungsfällen (Mindestlohn/Mindesturlaub)	179
13.1	Anzuwendende Arbeitnehmerschutzregelungen bei einer vorübergehenden Auslandstätigkeit	183
13.2	Spannungsverhältnis zwischen nationalem Arbeitnehmerschutz und der Dienstleistungsfreiheit nach Art. 56 AEUV	184
13.3	EU-Richtlinie 96/71/EG (Entsende-Richtlinie) zum Schutz entsandter Arbeitnehmer und der Dienstleistungsfreiheit	185
13.4	Praktische Fallbeispiele	187
13.4.1	Fall Mazzoleni/ISA, EuGH vom 15.03.2001, Rs. C-165/98, ECLI:EU:C:2001:162	187
13.4.2	Fall Finalarte, EuGH vom 25.10.2001, Rs. C-49/98, ECLI:EU:C:2001:564	189
13.4.3	Fall Ruffert, EuGH vom 03.04.2008, Rs. C-346/06, ECLI:EU:C:2008:189	191
13.4.4	Fall RegioPost, EuGH vom 17.11.2015, Rs. C-115/14, ECLI:EU:C:2015:760	193
13.4.5	Fall Dobersberger, EuGH vom 19.12.2019, Rs. C-16/18, ECLI:EU:C:2019:1110	194
13.4.6	Fall Van-den-Bosch, EuGH vom 01.12.2020, Rs. C-815/20, ECLI:BU:C:2020:976	196
13.5	Auswirkung auf die deutsche Rechtsordnung und die arbeitsrechtliche Praxis	198
13.5.1	Der Allgemeine Mindestlohn nach §§ 1 Abs. 2, 20 MiLoG in Entsendungsfällen	198
13.5.2	Mindestlöhne nach dem Arbeitnehmerentsendegesetz (AEntG)	199
13.5.3	Beschränkung der Dienst- und Niederlassungsfreiheit durch tarifvertragliche Mindestlöhne	201
14	Arbeitgeberpflichten in Entsendungsfällen (administrative Verpflichtung)	203
14.1	Verpflichtung zur Anmeldung, Auskunftserteilung und Erstellung von Nachweisen und Dokumentationen nach Unionsrecht	205
14.2	Administrative Verpflichtungen nach der Durchsetzungs-Richtlinie 2014/67/EU	205
14.3	Praktische Fallbeispiele	207

14.3.1	Fall Rush, EuGH vom 27.03.1990, Rs. C-113/89, ECLI:EU:C:1990:142	207
14.3.2	Fall Arblade, EuGH vom 23.11.1999, Rs. C-369/96, ECLI:EU:C:1999:575	208
14.3.3	Fall Kommission/Luxemburg, EuGH vom 21.10.2004, Rs. C-445/03 ECLI:EU:C:2004:655	209
14.3.4	Fall Termiso Limitada, EuGH vom 07.10.2010, Rs. C-515/08, ECLI:EU:C:2010:589	211
14.4	Auswirkung auf die deutsche Rechtsordnung und die arbeits- und strafrechtliche Praxis	212
14.4.1	Grundsätzliche Zulässigkeit der deutschen Regelungen über Anmelde-, Dokumentations- und Nachweispflichten	212
14.4.2	Berücksichtigung der Grundfreiheiten bei mobilen oder grenznahen Tätigkeiten	214
15	Arbeitszeit/Bereitschaftsdienst/Rufbereitschaft	217
15.1	Die Richtlinie 2003/88/EG (Arbeitszeit-Richtlinie)	219
15.1.1	Der Begriff der Arbeitszeit	219
15.1.2	Keine Regelung über Zahlungspflichten	219
15.1.3	Schadenersatzansprüche bei Verletzung der Arbeitszeit-Richtlinie	220
15.2	Praktische Fallbeispiele	220
15.2.1	Fall Vorel, EuGH vom 11.01.2007, Rs. C-437/05, ECLI:EU:C:2007:23	220
15.2.2	Fall Fuß I, EuGH vom 14.10.2010, Rs. C-243/09, ECLI:EU:C:2010:609 und Fuß II, EuGH vom 25.11.2010, Rs. C-429/09, ECLI:EU:C:2010:717	222
15.2.3	Fall CCOO; EuGH vom 14.05.2019; Rs. C-55/18, ECLI:EU:C:2019:402	224
15.2.4	Fall Coca Cola Deutschland, EuGH vom 07.07.2021, Rs. C-257/21, ECLI:EU:C:2022:529	226
15.3	Auswirkung auf die deutsche Rechtsordnung und die arbeitsrechtliche Praxis	227
15.3.1	Bereitschaftsdienst als Arbeitszeit nach § 2 Abs. 1 ArbZG	227
15.3.2	Keine Zuständigkeit für Regelungen des Arbeitsentgelts	228
15.3.3	Verpflichtung zur Einführung eines objektiven, verlässlichen und zugänglichen Systems der Überwachung der Arbeitszeit	229
16	Urlaub und Urlaubsabgeltung	231
16.1	Mindesturlaubsanspruch nach der EU-Arbeitszeit-Richtlinie	232
16.2	Praktische Fallbeispiele	232

16.2.1	Fall Schultz-Hoff, EuGH vom 20.01.2009, Rs. C-350/06, ECLI:EU:C:2009:18.	233
16.2.2	Fall KHS/Schulte, EuGH vom 22.11.2011, Rs. C-214/10, ECLI:EU:C:2011:761.	234
16.2.3	Fall Bollacke, EuGH vom 12.06.2014, Rs. C-118/13, ECLI:EU:C:2014:1755.	235
16.2.4	Fall FETICO, EuGH vom 04.06.2020, Rs. C-588/18, ECLI:EU:C:2020:420.	236
16.2.5	Fall Unitatea Administrativ Teritoriala-D., EuGH vom 28.10.2021, Rs. C 909/19, ECLI:EU:C:2021:893.	237
16.3	Auswirkung auf die deutsche Rechtsordnung und die arbeitsrechtliche Praxis.	237
16.3.1	Geringe Möglichkeiten einer vertraglichen Begrenzung eines Urlaubs- bzw. Urlaubsabgeltungsanspruch.	237
16.3.2	Verfall und Verjährung von Urlaubsansprüchen.	239
17	Arbeitnehmerschutz bei Betriebsübergang.	241
17.1	Schutz der AN bei Betriebsübergang.	243
17.2	Praktische Fallbeispiele.	243
17.2.1	Fall Ayse Sützen, EuGH vom 11.03.1997, Rs. C-13/95, ECLI:EU:C:1997:141.	243
17.2.2	Fall Abler, EuGH vom 20.11.2003, Rs. C-340/01, ECLI:EU:C:2003:629.	245
17.2.3	Fall Katsikas, EuGH vom 16.12.1992, Rs. C-132/91, C-138/91, C-139/91, ECLI:EU:C:1992:517.	246
17.2.4	Fall Asklepios Kliniken, EuGH vom 27.04.2017, Rs. C-680/15 u. C-681/15, ECLI:EU:C:2017:317.	247
17.2.5	Fall Unionen, EuGH vom 06.04.2017, Rs. C-336/15, ECLI:EU:C:2017:276.	248
17.3	Auswirkung auf die deutsche Rechtsordnung und die arbeitsrechtliche Praxis.	249
17.3.1	BAG-Rechtsprechung zum Übergang eines Betriebsteils nach § 613 a BGB.	250
17.3.2	Rechtsfolgen eines Betriebsübergangs nach § 613 a BGB.	251
18	Schutz von AN bei Massenentlassungen und Insolvenz.	255
18.1	Schutz von Beschäftigten bei Massenentlassungen.	258
18.2	Schutz von Beschäftigten bei Insolvenz.	259
18.3	Praktische Fallbeispiele.	259
18.3.1	Fall Junk, EuGH vom 27.01.2005, Rs. C-188/03, ECLI:EU:C:2005:59.	260
18.3.2	Fall Balkaya, EuGH vom 09.07.2015, Rs. C-229/14, ECLI:EU:C:2015:455.	261
18.3.3	Fall MO/SM, EuGH vom 13.07.2023, Rs. C-134/22, ECLI:EU:C:2023:567.	262

18.3.4	Fall Francovich, EuGH vom 19.11.1991, Rs. C-6/90, ECLI:EU:C:1991:428	263
18.3.5	Fall Stroumpoulis EuGH vom 25.02.2016, Rs. C-292/14, ECLI:EU:C:2016:116	265
18.4	Auswirkung auf die deutsche Rechtsordnung und die arbeitsrechtliche Praxis	266
18.4.1	BAG-Rechtsprechung zur Entlassungssperre nach § 18 KSchG	267
18.4.2	Regelungen zum AN-Insolvenzschutz	269
19	Kollektives nationales Arbeitsrecht (Streikrecht) und EU-Freiheiten	271
19.1	Die Beachtung der Dienst- und Niederlassungsfreiheit	272
19.2	Das Streikrecht als Bestandteil des EU-Rechts	272
19.3	Praktische Fallbeispiele	273
19.3.1	Fall Laval un Partneri, EuGH vom 18.12.2007, Rs. C-341/05, ECLI:EU:C:2007:809	273
19.3.2	Fall Viking, EuGH vom 11.12.2007, Rs. C-438/05, ECLI:EU:C:2007:772	274
19.4	Auswirkung auf die deutsche Rechtsordnung und die arbeitsrechtliche Praxis	276
20	Europäischer Betriebsrat/Information und Konsultation von Arbeitnehmervertretern/Nachweis von Arbeitsbedingungen	279
20.1	Primärrechtliche Regelungen nach Art. 153, 151 AEUV	282
20.2	Richtlinie Europäischer Betriebsrat 2009/38/EG (Beteiligung auf transnationaler Ebene)	283
20.3	Unterrichtungs- und Anhörungsrichtlinie 2002/14/EG (Beteiligung auf nationaler Ebene)	284
20.4	Informations-, Anhörungs- und Beratungspflichten in Einzelrichtlinien	284
20.5	Praktische Fallbeispiele	285
20.5.1	Fall Bofrost, EuGH vom 29.03.2001, Rs. C-62/99, ECLI:EU:C:2001:188	286
20.5.2	Fall Kühne und Nagel, EuGH vom 13.01.2004, Rs. C-440/00, ECLI:EU:C:2004:16	287
20.5.3	Fall Erzberger, EuGH vom 18.07.2017, Rs. C-566/15, ECLI:EU:C: 2017:562	288
20.5.4	Fall Kampelmann, EuGH vom 04.12.1997, Rs. C-253/96, ECLI:EU:C:1997:585	289
20.6	Auswirkung auf die deutsche Rechtsordnung und die arbeitsrechtliche Praxis	291
20.6.1	Reichweite des EU-rechtlichen Auskunftsanspruchs	291
20.6.2	Deklaratorische Wirkung des NachwG	292

21	Kollisionsrecht hinsichtlich des Gerichtsstands	295
21.1	Die Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 (Brüssel Ia-VO/EuGVVO)	297
21.1.1	Zuständigkeit bei arbeitsvertraglichen Ansprüchen.	297
21.1.2	Zuständigkeit bei Ansprüchen aus unerlaubter Handlung	299
21.2	Praktische Fallbeispiele	299
21.2.1	Fall Mahamdia, EuGH vom 19.07.2012, Rs. C-154/11, ECLI:EU:C:2012:491.	300
21.2.2	Fall DFDS Torline, EuGH vom 05.02.2004, Rs. C-18/02, ECLI:EU:C:2004:74.	302
21.3	Auswirkung auf die deutsche Rechtsordnung und die arbeitsrechtliche Praxis	304
21.3.1	Rechtsfolgen für das individuelle Arbeitsverhältnis	304
21.3.2	Rechtsfolgen für kollektive Arbeitskampfmaßnahmen	304
22	Kollisionsrecht hinsichtlich der anzuwendenden Rechtsordnung	307
22.1	Die Verordnung (EG) Nr. 593/2008 (Rom I)	310
22.1.1	Rechtswahl nach Art. 8 Abs. 1 Verordnung (EG) Nr. 593/2008	310
22.1.2	Der Arbeitsort als Anknüpfungspunkt	311
22.1.3	Die Niederlassung als Anknüpfungspunkt.	312
22.1.4	Ausnahmetatbestände des Art. 8 Abs. 4 und Art. 9	312
22.2	Die Verordnung (EG) Nr. 864/2007 (Rom II)	313
22.2.1	Recht des Staates am Ort des Schadenseintritts.	313
22.2.2	Recht des Staates am Ort der Arbeitskampfmaßnahmen	313
22.3	Praktische Fallbeispiele	314
22.3.1	Fall Koelzsch, EuGH vom 15.03.2011, Rs. C-29/10, ECLI:EU:C:2011:151	314
22.3.2	Fall Voogsgeerd, EuGH vom 15.12.2011, Rs. C-384/10, ECLI:EU:C:2011:842.	316
22.3.3	Fall Boedeker/Schlecker, EuGH vom 12.09.2013, Rs. C-64/12, ECLI:EU:C:2013:551.	317
22.3.4	Fall Nikiforidis (Griechische Schule), EuGH vom 18.10.2016, Rs. C-135/15, ECLI:EU:C:2016:774.	319
22.4	Auswirkung auf die deutsche Rechtsordnung und die arbeitsrechtliche Praxis	320
22.4.1	Rechtsfolgen für das individuelle Arbeitsverhältnis	320
23	Kollisionsrecht hinsichtlich des Systems der sozialen Sicherheit	323
23.1	Die Verordnung (EG) Nr. 883/2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit.	325
23.1.1	Kollisionsrechtliche Bestimmungen	325
23.1.2	Konzept der Koordinierung	326
23.2	Die Durchführungs-Verordnung (EG) Nr. 987/2009	327
23.3	Praktische Fallbeispiele	328

23.3.1	Fall Paletta II, EuGH vom 02.05.1996, Rs. C-206/94, ECLI:EU:C:1996:182	328
23.3.2	Fall Dafeki, EuGH vom 02.12.1997, Rs. C-336/94, ECLI:EU:C:1997:579	329
23.3.3	Fall Fitzwilliam Technical Services (FTS), EuGH vom 10.02.2000, Rs. C-202/97, ECLI:EU:C:2000:75.	330
23.3.4	Fall A-Rosa Flussschiff, EuGH vom 27.04.2017, Rs. C-620/15, ECLI:EU:C:2017:309.	332
23.3.5	Fall Team POWER EUROPE, EuGH vom 03.06.2021, Rs. C-784/19, ECLI:EU:C:2021:427.	334
23.4	Auswirkung auf die deutsche Rechtsordnung und die arbeits- und sozialrechtliche Praxis	335
23.4.1	Grundsatz des einzigen Systems der sozialen Sicherheit sowie des sozialversicherungsrechtlichen Günstigkeitsprinzips	335
23.4.2	Keine geringere Beweiskraft von Dokumenten aus EU-Mitgliedsstaaten	336
23.4.3	Ausstrahlungswirkung	338
24	Beschäftigtendatenschutz im EU-Recht	339
24.1	Begrifflichkeiten der DSGVO	340
24.2	Praktische Fallbeispiele	341
24.2.1	HPR Hessen EuGH vom 30.03.2023, Rs C-34/21, ECLI:EU:C:2023:270	341
24.2.2	Fall CRIF GmbH EuGH vom 04. Mai 2023, Rs C-487/21, ECLI:EU:C:2023:369	343
24.2.3	Fall Österreichische Post EuGH vom 04.05.2023, Rs. C-300/21, ECLI:EU:2023:370.	344
24.3	Auswirkung auf die deutsche Rechtsordnung und die arbeits- und datenschutzrechtliche Praxis	346
24.3.1	Beschränkter Anwendungsbereich von Art. 88 Abs. 1 DSGVO	346
24.3.2	Was ist eine Kopie i. S. d. Art. 15 III DSGVO.	347
24.3.3	Schadenersatz bei Verletzungen der DSGVO	347
Literatur	349
Stichwortverzeichnis	351

Abkürzungsverzeichnis

a. a. O.	am angegebenen Ort
Abb.	Abbildung
ABl	Amtsblatt
Abs.	Absatz
AEntG	Gesetz über zwingende Arbeitsbedingungen bei grenzüberschreitenden Dienstleistungen (Arbeitnehmer-Entsendegesetz)
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AG	Arbeitgeber/Arbeitgeberin
AGG	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
AN	Arbeitnehmer/Arbeitnehmerin
Anm.	Anmerkung
AP	Arbeitsrechtliche Praxis
ArbG	Arbeitsgericht
ArbZG	Arbeitszeitgesetz
Art.	Artikel
AÜG	Gesetz zur Regelung der gewerbsmäßigen Arbeitnehmerüberlassung (Arbeitnehmerüberlassungsgesetz)
AuR	Arbeit und Recht (Zeitschrift)
AV	Arbeitsvertrag
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAGE	Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts
BAT	Bundesangestelltentarif
BB	Betriebs-Berater (Zeitschrift)
BEEG	Gesetz zum Elterngeld und zur Elternzeit (Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz)
BetrAVG	Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung
BetrVG	Betriebsverfassungsgesetz
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
BUrlG	Bundesurlaubsgesetz
BVerfG	Bundesverfassungsgericht

BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
CEEP	Europäischer Zentralverband der öffentlichen Wirtschaft
DB	Der Betrieb (Zeitschrift)
ders.	derselbe
d. h.	das heißt
EBRG	Gesetz über Europäische Betriebsräte
EG	Europäische Gemeinschaft
EGB	Europäischer Gewerkschaftsbund
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
EU	Europäische Union
EuG	Gericht erster Instanz der Europäischen Gemeinschaften
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGVVO	Verordnung 44/2001 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
EuGVÜ	Europäisches Gerichtsstands- und Vollstreckungsübereinkommen
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZA	Europäische Zeitschrift für Arbeitsrecht
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
ff.	fortfolgende
gem.	gemäß
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GRCh	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
i. d. R.	in der Regel
i. S.	im Sinne
i. V. m.	in Verbindung mit
InsO	Insolvenzordnung
IPR	Internationales Privatrecht
JuS	Juristische Schulung (Zeitschrift)
JZ	Juristen Zeitung
KSchG	Kündigungsschutzgesetz
LAG	Landesarbeitsgericht
lfd.	laufend
LG	Landgericht
Ltd.	private limited company by shares
MuSchG	Gesetz zum Schutz der erwerbstätigen Mutter (Mutterschutzgesetz)
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
Nr.	Nummer
NvWZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht

NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZA-RR	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht – Rechtsprechungsreport
NZS	Neue Zeitschrift für Sozialrecht
RdA	Recht der Arbeit (Zeitschrift)
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft (Zeitschrift)
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer
Rs.	Rechtssache
Rz.	Randziffer
S.	Seite
SGB	Sozialgesetzbuch
Slg.	Sammlung der Rechtsprechung des Gerichtshofes der Europäischen Gemeinschaften
sog.	sogenannt
StGB	Strafgesetzbuch
TV	Tarifvertrag
TVG	Tarifvertragsgesetz
TVöD	Tarifvertrag öffentlicher Dienst
TzBfG	Teilzeit- und Befristungsgesetz
u. a.	und andere/unter anderem
Unterabs.	Unterabsatz
UNICE	Union der Industrie- und Arbeitgeberverbände Europas
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
Vorb.	Vorbemerkung
z. B.	zum Beispiel
ZESAR	Zeitschrift für europäisches Sozial- und Arbeitsrecht
ZfA	Zeitschrift für Arbeitsrecht
Ziff.	Ziffer
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZTR	Zeitschrift für Tarif-, Arbeits- und Sozialrecht des öffentlichen Dienstes